

Einleitung

Forschungsgruppe ›Staatsprojekt Europa‹

»Produktivkraft der Kooperation« nannte der US-amerikanische Literaturwissenschaftler Michael Hardt seine Erfahrung im kollektiven Schreibprozess mit Antonio Negri (Hardt 2013). Diese Produktivkraft lernten auch wir im Forschungsprozess zu schätzen: Unser Projekt wurde zunächst zwar von drei Personen konzipiert, die zugleich die finanziellen Mittel und die institutionelle Anbindung organisierten. Doch im Laufe der Zeit arbeiteten bis zu zwölf Wissenschaftler_innen im Projekt und machten es zu ihrem eigenen. Auf gemeinsamen Reisen, in mehreren Projekttagen, ungezählten Diskussionsrunden und Supervisionssitzungen ist etwas entstanden, das mehr ist als die Summe seiner Teile. Die in diesem Band versammelten Beiträge stellen die wesentlichen theoretischen und empirischen Erkenntnisse dieser Arbeit dar. Es handelt sich um kollektive Ergebnisse. Die Gedanken, Konzepte und Schlussfolgerungen lassen sich kaum mehr einzelnen Autor_innen zuordnen. Sie alle wurden unzählige Male gemeinsam diskutiert, verändert, teilweise oder komplett verworfen, wieder aufgegriffen, verfeinert und in neuen Begriffen aufgehoben. Insofern weisen die jeweiligen Autor_innenschaften der Beiträge lediglich auf diejenigen hin, die die gemeinsamen Diskussionen auf Papier gebracht haben. Auch die Artikel dieses Bandes haben wir immer wieder gemeinsam diskutiert, überarbeitet und erneut wechselseitig kommentiert. Intensiv haben wir die Texte auch mit Kolleg_innen aus dem Institut für Sozialforschung in Frankfurt, der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AkG) und dem Netzwerk für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung (kritnet) diskutiert. Von den Kommentaren, Kritiken und Anregungen, die wir dabei erhalten haben, haben wir unendlich profitiert.

Der Forschungsband ist in drei Abschnitte unterteilt:

Im ersten Abschnitt stellen *Sonja Buckel*, *Fabian Georgi*, *John Kannankulam* und *Jens Wissel* unsere theoretischen Prämissen, Fragestellungen und Methoden vor. Dabei gingen sie von der Annahme aus, dass historisch-materialistische Forschung gegenwärtig vor der Herausforderung steht, ihre theoretischen Erkenntnisse für empirische und gegenstandsbezogene Forschungsarbeiten

zu operationalisieren. Die Autor_innen entwickeln die Grundlagen der Methode unserer Forschungsgruppe, beschreiben ihr Vorgehen und veranschaulichen sie. Ausgehend von den Annahmen der materialistischen Staatstheorie kritisieren sie zunächst die gängigen Konzepte der politikwissenschaftlichen Governance-Forschung und verdeutlichen so die Besonderheit der eigenen Perspektive. Anschließend stellen sie die Vorgehensweise der ›historisch-materialistischen Politikanalyse‹ (HMPA) vor. Diese Methode soll es ermöglichen, Herrschaftsverhältnisse und die mit ihnen verbundenen Politiken herauszuarbeiten und zu kritisieren: Die HMPA analysiert Kontext, Akteur_innen und Prozesse gesellschaftlicher Auseinandersetzungen über bestimmte Politiken, um aufzudecken, mit welchen gesellschaftlichen Widersprüchen, Dynamiken sozialer und politischer Kämpfe und mit welchen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen diese Politiken verbunden sind. Abschließend illustrieren sie Anwendung und Ergebnisse der HMPA anhand unseres Forschungsfeldes – der europäischen Migrations- und Grenzpolitik.

In der bürgerlichen Gesellschaft kann Zustimmung zur bestehenden gesellschaftlichen Ordnung nicht allein durch repressive Maßnahmen des Staates erzwungen werden, vielmehr bedarf Hegemonie des zivilgesellschaftlichen Konsenses. Auf der europäischen Maßstabebene sind zivilgesellschaftliche Strukturen nur in Ansätzen vorhanden. Deswegen untersuchen *Fabian Georgi*, *John Kannankulam* und *Sebastian Wolff* in den drei Länderstudien des zweiten Abschnittes das Wechselverhältnis zwischen den nationalstaatlichen Kämpfen um Migrationspolitik und deren Implikationen für das europäische Grenzregime. Im Mittelpunkt ihrer Studien stehen drei zentrale Konflikte, in denen migrationspolitische Kräfteverhältnisse nachhaltig verschoben wurden: die Auseinandersetzung um den Asylkompromiss in Deutschland Anfang der 1990er Jahre, die Konflikte im Kontext der sogenannten ›Sangatte-Krise‹ in Großbritannien von 2001 bis 2003 und die sogenannte ›Cayuco-Krise‹, also die Skandalisierung der Ankunft von etwa 30.000 Migrant_innen auf den Kanarischen Inseln im Jahr 2006 in Spanien. Diese drei Konflikte waren konstitutiv, so die These, für die Durchsetzung der spezifischen Form, die die europäische Migrationskontrollpolitik seit den 2000er Jahren angenommen haben und die wir als das politische Projekt des ›Migrationsmanagements‹ analysieren. Die drei Länderstudien bilden daher einen Teil der Kontextanalyse für die Fallstudien des dritten Abschnitts.

Dieser wirft Schlaglichter auf zentrale Komponenten der europäischen Migrationskontrollpolitik und setzt die historisch-materialistische Politikanalyse anhand von Fallbeispielen um. Der Artikel von *Nikolai Huke*, *Dana Lüddemann* und *Jens Wissel* beschäftigt sich mit der ›Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen‹, kurz: FRONTEX. Die Agentur ist ein neuer Apparat, dessen Entstehungsgeschichte paradigmatisch verdeutlicht, wie es im europäischen Staatsapparate-Ensemble zu einer Verselbst-

ständigung politischer Prozesse kommt, die sich strukturell demokratischen Einhegungen entzieht. Der Ausbau der Agentur wird von den politisch-institutionellen Akteur_innen kaum in Frage gestellt, dabei führen die Kontrollpolitiken, die von der Agentur mitorganisiert werden, zu einer ›Illegalisierung‹ eines Teils der Migrant_innen, die nach Europa kommen wollen.

Im Zuge der Europäisierung sind schließlich auch neue juristische Apparate und Akteur_innen entstanden. In zwei Episoden wollen wir die juristischen Kämpfe um die Grenzpolitik nachzeichnen. *Andreas Meyerhöfer, Ulrich Hartl, David Lorenz, Sebastian Neumann* und *Adrian Oeser* widmen sich der Abschiebung von Migrant_innen aufgrund der ›Dublin-II‹-Verordnung. Sie fragen, wie es antirassistischen Initiativen und NGOs gelungen ist, in juristischen Kämpfen eine Einschränkung der Funktionsweise dieser Normen zu erreichen. Sie stellen die multiskalaren Arenen der juristischen Auseinandersetzung – nationale Verwaltungsgerichte, Verfassungsgerichtshöfe, der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte und der Europäische Gerichtshof – vor und erläutern deren Relevanz für strategische Klagen.

Maximilian Pichl und *Katharina Vester* untersuchen das Urteil im sogenannten Hirsi-Fall, einer Klage von Migrant_innen gegen Italiens ›Push-Back-Operationen‹ im Mittelmeer vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Sie erläutern die Möglichkeiten von strategischen Klagen, aber auch deren Grenzen aus emanzipatorischer Perspektive. In ihrer Kontextanalyse stellen sie die tiefgehenden Konflikte um die Verrechtlichung der europäischen Außengrenze im Mittelmeer dar, die zu der Etablierung divergierender Rechtsregime geführt haben.

Migrationspolitik ist zugleich immer auch Arbeitskraftpolitik und so untersuchen *Fabian Georgi, Nikolai Huke* und *Jens Wissel* am Beispiel der Blue-Card-Richtlinie die andere Seite des ›Migrationsmanagements‹. Während FRONTEX Paradebeispiel für die repressive Absicherung der Grenzen ist, wird mittels der Blue-Card-Richtlinie versucht, hochqualifizierte Arbeitskräfte anzuwerben. Die Autoren stellen sich die Frage, warum es der Europäischen Kommission bisher kaum gelungen ist, die nationalen Arbeitskraftregime zu homogenisieren. Sie rekonstruieren die langwierigen politischen Auseinandersetzungen um die Durchsetzung eines verwertungsorientierten ›Migrationsmanagements‹ und können auf diese Weise zeigen, auf welche Widerstände die Kommission hier gestoßen ist.

Saida Ressel beschäftigt sich mit Care-Arbeit als Form des vergeschlechtlichten Migrations- und Arbeitskräfte regimes in Spanien. Im Fokus des Artikels steht die strategische Orientierung von Gewerkschaften im Care-Bereich. Sie untersucht, wie die Transformation der spanischen Gesellschaft neue Ungleichheiten und Privilegien entlang der Achsen von Migration, Klasse und Geschlecht hervorbrachte. Am Beispiel der Gewerkschaften analysiert sie, wel-

che politischen Probleme und Ambivalenzen sich daraus auch für progressive Akteur_innen ergeben.

Im Anschluss an diese Analysen rekapitulieren wir in einem gemeinsamen Fazit die staatstheoretischen Ergebnisse und politischen Konsequenzen, die daraus folgen und reflektieren, wie sich die Krise der Europäischen Union seit 2008/2010 in unserem Untersuchungsfeld auswirkte.

Zum Schluss bedanken wir uns bei all denjenigen, die diese kollektive Forschung möglich gemacht haben. Wir hoffen, dass die gemeinsame Erfahrung keine Episode in unserer weiteren wissenschaftlichen Arbeit bleiben wird, dass sie nicht in akademischen Alltagsroutinen und beruflichen Zwängen untergeht – sondern im Gegenteil: dass dies erst der Anfang war und viele kritische Wissensproduzent_innen diese Erfahrungen werden teilen können.